Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 11 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 7. Januar

Anzeigenpreis: Hiesige Inserenten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorherrschender Kasse

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Ebert oder Liebknecht?

Vor der Entscheidung um die Macht in Berlin

Berlin, 6. Januar.

Die Massen auf den Straßen wachsen von Stunde zu Stunde. Die Wilhelmstraße und der Wilhelmplatz sind wallkommen von Anhängern der Mehrheitssozialdemokraten, der Regierung Ebert und Scheidemann, darunter auch sehr vielen Deutschdemokraten, angefüllt, die durch öffentliche Kundgebungen zum Ausdruck bringen, daß sie gewillt sind, die Regierung zu stützen. In der Siegesallee sammeln sich die Anhänger Liebknechts. Vor den besetzten Zeitungsredaktionen, die immer noch in den Händen der Spartakusanhänger sind, sind von diesen Maschinengewehre aufgefahren. In den Betrieben setzt sind die Papierrollen auf die Straße geworfen und auf die Straße gewollt worden.

Uebergewicht der Spartaciden?

Stimmungsbericht von 1 Uhr 15 nachmittags. Die Massen der demonstrierenden Spartakisten in der Siegesallee schwellen an. Es werden Waffen unter die Zivilbevölkerung verteilt und aufreizende Reden gehalten. Die Demonstrationszüge der Mehrheitssozialisten bewegen sich die Linden und die Potsdamer Straße entlang nach der Wilhelmstraße. Sie werden von Soldaten flankiert, deren Herkunft man nicht kennt. Nach der „B. Z." befindet sich Eichhorn im Marstall und unterhandelt mit der Volksmarinedivision. Wie die Zeitung „Republik" meldet, hat sich die republikanische Sicherheitswache mit Eichhorn solidarisch erklärt. Nach bisher unbestätigten Gerüchten rücken stärkere bewaffnete Spartakusbanden gegen die Reichskanzlei an. Gegen Mittag begaben sich starke Gruppen von bewaffneten Spartakisten zu den verschiedenen Postämtern und verlangten Zutritt, der ihnen jedoch von der republikanischen Soldatenwehr verweigert wurde. Es kam zu Verhandlungen, in deren Verlauf man sich dahin einigte, daß die Aemter neutral bleiben sollten. Der Kampf um die Macht wird auf der Straße entschieden. Wem die Macht in die Hände fällt, dem werden auch die Postämter ausgeliefert.

Die Lage in Berlin wird von Minute zu Minute gespannter. Von den Fenstern der Reichskanzlei aus ist bereits das dumpfe Dröhnen der Handgranaten und das monotone Tack-tack der Maschinengewehre, allerdings erst einzeln, zu hören. Die Spannung hat gegen 1/3 Uhr ihren Höhepunkt erreicht, der kaum noch zu überschreiten ist. Es hat nicht den Anschein, als ob die Organisation der Regierung besonders gut funktioniert. Ueberall Neryosität. Der einzige ruhige Pol in der aufgeregten Menge sind die Soldaten, die ruhig, mit entschiedenem Gewehr, auf ihren Posten stehen.

Demonstrationszüge der Mehrheitssozialisten strömen zum Wilhelmsplatz. An den Fenstern der Reichskanzlei erschienen die Volksbeauftragten Scheidemann und Wissell und hielten Ansprachen. Die Vertrauensleute der Demonstranten wurden in die Reichskanzlei gerufen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß die Regierung mit Hilfe regierungstreuer Truppen und Unterstützung der Demonstranten den „Vorwärts" im Sturm wieder zu erobern versuchen würde. Außerdem wurde mitgeteilt, daß sich Spandau in den Händen der Spartakisten befindet. Das dortige Rathaus sei besetzt, und die Arbeitermassen, die spartakistisch gesinnt seien, befänden sich im Marsch auf Berlin.

Straßenkämpfe zwischen den Urhebern der Revolution

Heute mittag fand in der Reichskanzlei ein Kriegsrat der Volksbeauftragten statt unter Beteiligung der Mitglieder des Zentralrates der A.- und S.-Räte Deutschlands. Die Regierung beschloß, sofort mit allen ihr zu Gebote stehenden militärischen Maßregeln einzugreifen und dem Treiben der Spartakus-Leute ein Ende zu machen setzen. Zum Oberkommandierenden der Regierungstruppen wurde der Volksbeauftragte Noske ernannt. Die Regierungstruppen werden mit Lastautomobilen von allen Stadtteilen in das Innere befördert, wo sie in der Nähe der Reichskanzlei gesammelt werden. Im Innern der Stadt ist den Waffenträgern die Weisung erteilt, so schnell wie möglich die Straßen zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen sein. Die Regierung hat es abgelehnt, mit den Spartakus-Leuten zu verhandeln. Die beiden Parteien stehen sich in der Wilhelmstraße in hundert Meter Entfernung kampfbereit gegenüber. Nach dem „Acht-Uhr-Abendblatt" dürfte es zu neuen blutigen, folgenschweren Zusammenstößen kommen.

*

Der Bericht eines Augenzeugen

Durch das Gedränge von Tausenden von Menschen ist es dem Korrespondenten des „Fränk. Kuriers" gelungen, in die Reichskanzlei zu kommen, wo ein Leben herrscht, wie es das alte Gebäude noch nie gesehen hat. Mannschaften im Stahlhelm, mit scharfen Patronen ausgerüstet, bewachen das Gebäude, wo sich die Menge staut. Nur wenige dürfen bei der strengen Kontrolle die Tore passieren. Seit einer Stunde tagt das Kabinett, um die entscheidenden Beschlüsse zu fassen. Leider viel zu spät. Denn die Menge wird des langen Wartens müde. Gegen ½1 Uhr wird es auf dem Platze in der Menge vor dem Gebäude lebendig. Die Spartakus-Leute und die Unabhängigen rücken sowohl von der Potsdamer Straße wie von den Linden heran. Man weiß noch nichts Bestimmtes, was es noch heute um die Regierung geben wird. Die linksstehenden Sozialdemokraten wollen den Kampf mit den Waffen ausfechten. Von allen Seiten laufen Gerüchte in der Reichskanzlei zusammen. Es ist kein Zweifel, daß die Demonstranten bei dem geringsten Widerstand Scheidemann und Ebert niederschießen wollen. Indessen werden dauernd in den Nebenstraßen der Wilhelmstraße, wo sich Waffendepots befinden, Soldaten ausgerüstet, um den Kampf gegen das wahnsinnige Treiben der Straßenhelden aufzunehmen. Man kann nicht sagen, daß die Haltung der Regierung besonders vertrauenerflößend ist. Die Massen vor den Toren des Platzes sind unbewaffnet, während bewaffnete Demonstranten anrücken. Unzweifelhaft haben die Spartakus-Leute das Abgeordnetenhaus und das Kriegsministerium besetzt. Doch hat auf die Regierung die Besetzung keinen Eindruck gemacht, da das Kriegsministerium bereits von der Regierung geräumt war. Kurz nach 1 Uhr erschien Ebert an einem Parterrefenster der Reichskanzlei, von der Menge jubelnd begrüßt. Er sagte, die Regierung habe die Freiheit geschaffen und wolle das Selbstbestimmungsrecht des Volkes unter allen Umständen durchsetzen. Sie habe sich deshalb für die Nationalversammlung eingesetzt und werde ihre Durchführung erreichen. Die Beseitigung der Nationalversammlung sei aber das Ziel der unabhängigen Sozialdemokraten, die diese Wahl mit Gewalt verhindern wollten. Wenn sie es wünschten, stehe eben Gewalt gegen Gewalt. Die Regierung werde ruhig ihre Prinzipien durchführen, die sie sich vorgesetzt habe. Ebert schloß mit einem Hoch auf die junge deutsche Republik. Stürmisch forderte die Menge dann Scheidemann, der dann auch am Fenster erschien. Er mußte lange warten, ehe er zu Worte kommen konnte. „Vor einer halben Stunde", so sagte er, „haben die Unabhängigen und Spartakus-Leute den Tod von Ebert und mir beschlossen. Vor einer Stunde fuhr ein Wagen über die Linden, mit einem Galgen, an dem zwei Puppen hingen, die Ebert und mich aufgehängt darstellen. (Lebhafte Pfuirufe unterbrechen den Redner.) Solche Bedrohungen sind uns gleichgültig. Sie lassen uns kalt. Wir haben am 9. November die deutsche Republik ausgerufen. Wir sind für das gleiche Recht aller eingetreten. Wir haben die Parität gefordert: 3 durch 3. Das war ein Fehler. (Lebhafte Bravorufe.) Die Mitarbeit der drei unabhängigen Sozialdemokraten hat sich als schädlich erwiesen. Heute sind wir frei. Was braucht das deutsche Volk aber jetzt? Friede und Brot. Es gibt und aber kein Mensch Friede oder Brot ohne Ordnung, wenn diese Spartakus-Schweinerei weitergeht. Wir sind dann dem Hunger preisgegeben, und die Kriegsjahre werden dann noch übertroffen werden. Wir haben gegen jede Diktatur gekämpft, wir auch gegen die Diktatur des Kaisers. Wir wollen aber auch keine Diktatur Liebknechts oder Rosa Luxemburgs. (Lebhaftes Bravo! bei den Judoern. Ueberall werden Rufe laut: „Waffen, Waffen! Wir wollen uns nicht niederkartätschen lassen!") Sie sollen und müssen Waffen haben. Bleiben Sie treu bei der Sache. Wir werden unsere Pflicht bis zum letzten tun. Schwören Sie!"

Die Menge bleibt etwa eine Minute mit abgenommener Kopfbedeckung stehen. „Geben Sie diesem Schwur Ausdruck in dem Rufe: Es lebe die deutsche Republik!"

Eichhorn noch im Amt

Der Frankfurter „General-Anzeiger" meldet aus Berlin: Die Abordnung der Regierung, die am Sonnabend abend den neuen Polizeipräsidenten Eugen Ernst in sein Amt einführen wollte, mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Eichhorn saß, mit dem Revolver in der Hand, in seinem Büro und erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Das Ministerium des Innern sei nicht berechtigt, ihn seines Amtes zu entsetzen, denn der Minister sei zurückgetreten und noch nicht wieder bestätigt. Außerdem sei er vom Vollzugsrat eingesetzt worden, und er würde sein Amt nicht abgeben, ehe er vom Vollzugsrate gehört worden sei. Die Beauftragten der Regierung zogen sich darauf zurück, zumal Eichhorn überall im Polizeipräsidium ihm ergebene bewaffnete Sicherheitsmannschaften aufgestellt hatten. Wie Berliner Blätter hören, wird sich der Groß-Berliner Vollzugsrat voraussichtlich schon am Montag mit der Angelegenheit beschäftigen und zu diesen Beratungen den Zentralrat hinzuziehen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Vollzugsrat Eichhorns Verbleiben im Amte dulden wird. Fraglich bleibt nur, ob Eichhorn gutwillig nachgibt, wenn auch der Vollzugsrat gegen ihn entscheidet.

Reichsbürgertag in Berlin

Unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus dem ganzen Reiche trat gestern im Plenarsitzungssaal des Abgeordnetenhauses der Reichsbürgertag zusammen, um zu einer Reihe der schwebenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Eingeleitet wurde die Tagung mit einem Begrüßungsabend in der alten Aula der Universität. Die materiellen Verhandlungen eröffnete der Vorsitzende Dr. ing. Koch vom Groß-Berliner Bürgeramt, der die Erschienenen willkommen hieß. Er schilderte, aus welchen Notwendigkeiten heraus die Bürgerräte, Bürgerausschüsse, überall geschaffen wurden, die im Gegensatz zu den A.- und S.-Räten, zu ihrer Anmaßung und Unfähigkeit ein Ausdruck des Bürgerwillens sind. Rasch entschlossen und nicht ohne Erfolg sind sie an die Arbeit gegangen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es uns gelingen wird, eines Tages unser Land und Volk stark und mächtig zu sehen; daran mitzuwirken ist unsere Aufgabe. (Beifall.)

Nach Bildung des Büros, das sich aus den Herren Dr. ing. Koch-Berlin, Meyer-Alsberg-München, Dr. Max Schmidt-Elberfeld, Max Schiemann-Lübeck, Fabrikbesitzer Jewalowski-Danzig, Chefredakteur Helms-Halle, Johanna Krüger-Friedrichshagen, Julius Kleibs-Nordhausen zusammensetzte, wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst ein Vortrag von Dr. Ernst Köhler über Aufgaben der Bürgerräte entgegengenommen. Der Redner führte u. a. aus: Die Schaffung der A.- und S.-Räte ist der Ausdruck des einseitigen politischen Willens einer einzigen Klasse. Gegen diese Einseitigkeit haben wir uns vom ersten Tage an gewehrt. Der Kampf gegen die A.- und S.-Räte muß durchgeführt werden; freiwillig werden diese ihre Macht nicht aufgeben, dazu ist das Gefühl der Macht zu süß. Nun besteht ja Aussicht für die Nationalversammlung, aber wie die Dinge sich entwickeln werden, wissen wir nicht. Als erste und wichtigste Aufgabe erwächst uns die Aufgabe der Schaffung eines stehenden Heeres aus dem Wirrwarr der Zeiten heraus. Der Präsident der deutschen Republik — wenn es eine Republik wird — muß die Macht haben, sich gegen die A.- und S.-Räte durchzusetzen. Wir protestieren feierlich gegen die Verhaftung Rigaer Bürger durch den dortigen Sowjet. Aber auch dagegen, daß etwa ein ähnlicher Versuch bei uns gemacht wird. Proteste allein helfen allerdings nicht. Aufgabe der Bürgerräte wird es sein, die Angehörigen aller Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen und dadurch ausgleichend zu wirken im politischen Parteikampf. Die Vertuschung des Gegensatzes zur Sozialdemokratie ist eine Gefahr und zwischen den Mehrheitssozialisten und den Spartakisten sehe ich grundsätzlich keinen Unterschied. (Sehr richtig.) Das taktische Zusammengehen ist eine Frage für sich, aber auf die Dauer müssen wir den Strich zwischen rechts und links scharf ziehen. (Erneute Zustimmung.) Aufgabe der Bürgerräte wird es weiter sein, versöhnend zwischen Arbeitern und Bürgern zu wirken. Auch in der Zeit nach der Nationalversammlung, wo die Bürgerräte noch einen großen Raum für ihre Betätigung haben werden. Gewaltige Aufgaben werden den Bürgerräten durch die Einführung des gleichen Wahlrechts in den Kommunen erwachsen. Es gilt hier, die gesamte Bürgerschaft aufzuklären über das, was von der radikalen Seite zu erwarten ist. Das deutsche Bürgertum hat das Deutsche Reich groß und mächtig gemacht. Wenn wir aus dem Schlamassel herauskommen wollen, dann brauchen wir das Bürgertum. Persönliche Freiheit und dabei gleichmäßiger Anteil an Kultur und Wirtschaft, das zu vereinigen ist eines der ideellen Ziele des Bürgertums, die keine Partei leisten kann, sondern nur die Zusammenfassung des gesamten Bürgerstandes.

Privatdozent Ulrich Karstädt: Wenn wir in der Nationalversammlung eine Scheidemann-Mehrheit bekommen, nach Recht ordnungsmäßig gewählt, dann erhalten wir die Einheitsscheibe, die Sozialisierung usw., und werden die nie wieder los. (Sehr richtig.) Die Frage der verbundenen Listen ist keine Frage der Taktik, sondern des Bekenntnisses. Können wir es als Bürger mit unserem Gewissen vereinen, uns mit der Sozialdemokratie zu verbinden? Die Bürgerräte dürfen daher auf keinen Fall bei den Wahlen mit der Sozialdemokratie zusammengehen. — Verlagsdirektor Georg Bernhard: Die Sozialdemokratie hat eine Listenverbindung mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Zum Handeln des Bürgertums habe ich wenig Vertrauen. Wenn Spartakus und Liebknecht kommen, wird das Bürgertum nach den bisherigen Erfahrungen nichts bauen. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir haben daher ein großes Interesse daran, eine sozialistische Regierung zu stützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901071-11/fragment/page=0001

die Ordnung und Sicherheit gewährleistet. Mag zwischen bürgerlicher und sozialistischer Weltanschauung auch ein großer Unterschied bestehen, so handelt es sich doch hier um eine Frage der praktischen Politik, und die ist nur zu lösen auf dem Wege des Kompromisses. Eine generelle Zusammensetzung der bürgerlichen Liste ist unmöglich, z. B. überall da, wo das materielle Moment in Frage kommt. Hier hat ja ein Teil des Zentrums Absonderungsbestrebungen gehuldigt. Die Bürgerräte können nicht die Parteiprogramme vernichten, sondern das Einigende der Parteien zusammenfassen. Und das Einige liegt in dem taktischen Vorgehen. Wir zerschlagen die Bürgerräte, wenn wir jedes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ablehnen. (Beifall.) — Die Besprechung setzt wieder ein. — Schiemann (Lübeck): Ich warne vor Sozialisierung in einer Zeit, wo wir in die Gefahr des Bankrotts kommen können. Die unpolitische Tätigkeit der Bürgerräte wäre der beste praktische Weg.

Ueber das Thema Reichseinheit sprach Professor Dr. Otto Hoetsch. Redner schilderte die verschiedentlich aufgetretenen Separationsbestrebungen, die uns, ebenso wie die Bestrebungen unserer Feinde, von unserem Rechtsboden nicht verdrängen können. Wenn uns in Elsaß-Lothringen ein Unrecht angetan werden sollte, wollen wir von Anfang an dagegen protestieren. Noch stärker greift uns die Annexionslust der Gegner im Osten ins Herz der Nation. Wenn in Posen heute zwei Deutsche auf drei Polen kommen, so haben die Polen diesen Zustand selbst geschaffen, die früher die Deutschen ins Land gerufen haben. Wir hatten an unseren Ostmarken unbedingt fest, sie sind in Stärke unserer Weltstellung in Europa. Mit etwas Energie ist es auch heute noch möglich, der polnischen Gewalt mit Erfolg entgegen zu treten. Das Bekenntnis zur Reichseinheit schließt auch das Bekenntnis der Zugehörigkeit Deutsch-Oesterreichs ein. Die Organisation des deutschen Bürgertums ist in erster Linie berufen, sich für die Einheit des deutschen Volkskörpers auszusprechen. (Lebh. Beifall.) — Krüger (Posen) schildert in bewegten Worten die dringende Not der Deutschen im Osten. Wir Deutschen im Osten befürchten alles, wir haben keine Hoffnung mehr und werden wohl nach Warschau gehen müssen. (Zuruf: So schlimm wird's nicht werden.) — Ein Vertreter aus Danzig hält es für notwendig, daß dort die Bürger mit dem A.- und S.-Rat zusammengehen. Wenn die Regierung kein Mittel hat, werden wir welche schaffen. Nötig ist auch eine Aufklärung der Entente und Amerikas. — Onecka (Hohensalza): Die Polen verfolgen mit ihrem Gewaltstreich nur den Zweck, die Nationalversammlung unmöglich zu machen. — Ein Vertreter Brombergs: Für uns bestand fünf Tage lang die Gefahr des Einmarsches polnischer Truppen. Jetzt ist es geschützt durch deutsche Männer. (Bravo.) In erster Linie halfen unsere Offiziere. (Stürm. Beifall.) Wir können hier nicht alles offen erzählen wegen der damit verbundenen Lebensgefahr. Vielleicht findet sich morgen dazu Gelegenheit, im engeren Kreise, Näheres auch Herrn Naske zu erzählen. (Großer Beifall.)

In der weiteren Debatte kam zum Ausdruck, daß die Regierung an der Lage in Posen schuld sei und daß vor ihr Gericht das geflossene Blut der Deutschen komme. — Dr. Meyer-Absorg (München) redet einer Verständigung zwischen Norden und Westen das Wort, dann werden die partikularistischen Indizien verschwinden. — Pfarrer Weissel warnt gegenüber der Aeußerung eines Vorredners, daß man besser ein direkter Deutscher sei, als auf dem Umwege über Preußen vor der alten Kleinstaaterei. Möge alles zusammenstehen, was einst unter dem schwarz-weißen Banner sich einte.

Darauf wird folgende Resolution einstimmig angenommen. Der Reichsbürgertag bekennt sich uneingeschränkt zur Aufrechterhaltung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, für die unsere Väter gekämpft und unsere Brüder im Weltkrieg geblutet haben und die eine lebensnotwendige Voraussetzung alles wirtschaftlichen und kulturellen Gedeihens für das ganze Deutsche Volk ist. Er bekämpft alle Abtrennungsbestrebungen, die diese Einheit bedrohen und jede vorzeitige und einseitige Neuordnung Deutschlands. — 2. Der Reichsbürgertag nimmt für das deutsche Volk das Recht der freien Selbstbestimmung der Nationen ebenso in Anspruch, wie er es für die nichtdeutschen Völkerschaften auf dem Boden des bisherigen Reiches anerkennt. Er erhebt schärfsten Einspruch gegen jede Vorwegnahme der Friedensentscheidungen durch Annexion und Vergewaltigung im Westen und Osten, im Norden und Süden und fordert hier wie dort sachlich Auseinandersetzung, die das Selbstbestimmungsrecht im beiderseitigen Interesse der aufeinander angewiesenen Nachbarvölkern anwendet und natürliche Zusammenhänge nicht zerreißt. Insonderheit erhebt er Einspruch gegen jede Vergewaltigung der deutschen Ostmark, die national, wirtschaftlich und geschichtlich untrennbar mit dem Mutterlande verbunden ist. Er fordert mit Nachdruck, daß die Reichsregierung oder die preußische Regierung sofort mit allen Machtmitteln des Staates den bedrängten Volksgenossen, deren Leben und Eigentum durch die Polen bedroht ist, zu Hilfe kommt. Er begrüßt aufs wärmste den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an den neuen deutschen Staat kraft Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

An die Deutsch-österreichische Regierung in Wien gesandte gleichzeitig folgendes Begrüßungstelegramm zur Absendung: „Der im Abgeordnetenhause in Berlin tagende Reichsbürgertag, zu welchem Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen sind, entbietet Deutsch-Oesterreich seinen deutschen Brudergruß. Er begrüßt mit Freuden die in einschlossener Bekennung ihres Deutschtums von Deutsch-Oesterreich erhobene Forderung des Anschlusses an das Deutsche Reich und wendet sich auf das Schärfste gegen jeden Versuch des Recht von Millionen Menschen deutschen Stammes auf seine freie Selbstbestimmung einzuzwängen oder zu unterdrücken." Zu dem folgenden Thema „Reichsbürgeramt" begründete Konsul Marx folgende Entschließung: „1. Der Reichsbürgertag, wie er heute versammelt ist, konstituiert sich als Reichsbürgerrat und wählt eine Kommission von 15 Mitgliedern, welche die leitenden Grundsätze a) für die Verfassung der Bürgerräte, b) für die Aufgaben derselben in ihren Grundzügen einheitlich für das Reich festsetzt. 2. Dieser Kommission werden folgende Leitsätze mitgegeben: a) Diejenigen Bürgerräte im Reiche, welche die von der Kommission festgelegten Grundsätze, die ihre Verfassungen und ihre Aufgaben annehmen, gehören als Mitglieder dem Reichsbürgerrat an. b) Sie werden im Reichsbürgerrat in der Weise vertreten, daß jeder Bürgerrat eine Stimme erhält. In allen Gemeinden über 50 000 Einwohnern tritt zu den weiteren je 50 000 Einwohnern bzw. für angefangene 50 000 Einwohner eine weitere Stimme hinzu. Das Stimmrecht kann durch ein von dem betreffenden Bürgerrat delegierte Person ausgeübt werden. c) Der Reichsbürgerrat wählt alljährlich einen Vorort, in welchem die alljährlich im Mai zu berufene Versammlung des Reichsbürgerrats stattfindet. Der Vorsitzende des Reichsbürgerrats in dem betreffenden Vorort führt den Vorsitz in der Versammlung des Reichsbürgerrates. d) Für die Führung der laufenden Geschäfte wählt der Reichsbürgerrat auf die Dauer von drei Jahren einen Präsidenten und zwei Stellvertreter. Der Präsident muß seinen Sitz in der Reichshauptstadt haben. Ebendaselbst wird eine dauernde Geschäftsstelle des Reichsbürgerrats errichtet, deren Geschäfte unter Aufsicht des Präsidenten durch Angestellte geführt werden. Die Kasse des Reichsbürgerrates wird von der gleichen Geschäftsstelle geführt.

In der Aussprache kamen Bedenken zutage, den Sitz der Vereinigung in Berlin zu belassen. Schließlich wurde Leipzig als Ort der nächsten Tagung bestimmt und darauf die Versammlung mit Dankesworten an die Teilnehmer geschlossen.

Bahnhof Halle besetzt

Halle, 7. Januar.

Gegen 12 Uhr nachts ist der Bahnhof Halle von der hiesigen Matrosenkompagnie besetzt worden, um — wie es heißt — regierungstreue Truppen nach Berlin nicht durchzulassen.

Keine telegraphische Verbindung mit Berlin

Da am gestrigen Abend bis spät in die Nacht hinein keine telegraphische Verbindung mit Berlin zu erhalten war, ist anzunehmen, daß sich nunmehr auch das Haupttelegraphenamt in den Händen der Spartakusleute befindet. Die Aussichten der Regierung Ebert-Scheidemann scheinen sich danach zugunsten Liebknechts bedeutend verschlechtert zu haben. Vermutlich hat die Regierung der Mehrheitssozialisten aus Mangel an Entschlußkraft vor einem Einsetzen ihrer Machtmittel zurückgeschreckt und damit den Leuten Liebknechts das Feld überlassen. Das Blutvergießen, das Ebert-Scheidemann vermeiden wollten, wird aber erst recht beginnen, nachdem die Spartakisten unumschränkt in Berlin herrschen. So wird sich die Schwäche der Regierung wieder einmal an ihr selbst zuerst rächen.

*

Der Kampf ums W. T. B.

Berlin, 6. Jan. (Meldung der „Frankfurter Ztg.").

Das Wolffsche Telegr.-Büro, das bis jetzt noch im Besitz der Spartakus-Anhänger ist, war heute morgen der Schauplatz eines Kampfes zwischen den Spartakusleuten und regierungstreuen Truppen. Die Regierungstruppen schossen mit Maschinengewehren, die Anhänger der Spartakisten warfen mit Handgranaten.

Der „Vorwärts" Revolutionsorgan von Groß-Berlin

Der „Vorwärts" ist heute früh in seiner Morgenausgabe als Organ der revolutionären Arbeiterschaft von Groß-Berlin erschienen und veröffentlicht einen Aufruf, der die Arbeiter und Parteigenossen zu einer Demonstration um 11 Uhr in die Siegesallee auffordert.

Abgewiesener Sturm aufs Haupttelegraphenamt

Während des gestrigen Abends, als der „Vorwärts" und die demokratischen Zeitungsredaktionen besetzt wurden, ist auch von den Spartakus-Anhängern versucht worden, das Haupttelegraphen- und Fernsprech-Amt in ihre Gewalt zu bringen. Dieser Versuch ist an regierungstreuen Truppen gescheitert. Die Zahl der sich an den Demonstrationen für die Regierung beteiligenden Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei wächst an.

*

Ein sonderbares Ultimatum

Berlin, 6. Januar.

Die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins haben der Regierung ein Ultimatum gestellt, sofort zu folgenden Beschlüssen der Reichskonferenz der A- und S.-Räte Stellung zu nehmen und diese von den A.- und S.-Räten zu Gesetz zu erhebenden Beschlüsse sofort in Kraft treten zu lassen:

1. Sofortige Entwaffnung aller Offiziere.
2. Entfernung der Hungabzeichen.
3. Die örtliche Kommandogewalt liegt in den Händen der A.- und S.-Räte.
4. Wahl der Führer durch die Mannschaften.
5. Völlige Auflösung der alten Armee, sofortige Entwaffnung reaktionärer Sonderformationen, Einführung einer wirklichen Volkswehr.
6. Gegen das Kriegsministerium und Armee-Oberkommando, welche die vom Kongreß beschlossenen Gesetze für null und nichtig erklärten, ist sofort Stellung zu nehmen.

*

Aufruf der Mehrheitssozialisten

Der Vorstand der alten sozialdemokratischen Partei erläßt heute morgen durch Flugblätter folgenden Aufruf an seine Parteigenossen:

„Zum zweiten Male haben bewaffnete Banditen des Spartakusbundes den Vorwärts gewaltsam besetzt. Die Führer dieser Banden proklamierten heute in öffentlichen Reden erneut den gewaltsamen Sturz der Regierung. Mord und blutiger Bürgerkrieg und errichten die Spartakus-Diktatur. Dem deutschen Volke und insbesondere der Arbeiterschaft drohen die schlimmsten Gefahren. Anarchie und Hunger würden die Folgen der Spartakusherrschaft sein. Jetzt ist unsere Geduld zu Ende. Wir wollen uns nicht länger von Irrsinnigen und Verbrechern terrorisieren lassen. Es muß endlich Ordnung in Berlin geschaffen und der ruhige Ausbau des neuen revolutionären Deutschland gesichert werden. Wir fordern Euch auf, zum Protest gegen die Gewalttaten der Spartakusbanden, die Arbeit einzustellen und sofort unter Führung Eurer Vertrauensleute vor dem Hause der Reichsregierung, Wilhelmstraße 77, zu erscheinen. Arbeiter, Bürger, Genossen, Soldaten, erscheint in Massen. Zeigt, daß Ihr Mann genug seid, aus eigener Kraft Eure Freiheit, Euer Recht und Euer Parteieigentum zu schützen."

*

Weiteres Vordringen der Polen

Der Frankfurter „General-Anz." meldet aus Berlin: Am Sonnabend ist es zu heftigen Kämpfen zwischen den Polen und den deutschen Truppen in der Stadt Bentschen gekommen. Die Stadt wurde schließlich von den Polen besetzt, während die deutschen Truppen sich auf den Bahnhof zurückzogen und diesen verteidigten. Da die Polen gegen die mit vielen Maschinengewehren besetzte Stadt nichts ausrichten konnten, blieben sie im Laufe des Abends nur Alarm und nahmen den Bahnhof unter Feuer. Die deutschen Truppen erwiderten das Feuer, und es entwickelte sich in der Stadt ein Artilleriekampf, der zugunsten der Polen auslaufen dürfte, da 15 polnischen Geschützen zwei deutsche gegenüber stehen. Am Sonntag versuchten die Polen nochmals einen Sturm, wurden aber wieder abgewiesen. Der Bahnverkehr nach Posen ist unterbrochen. Die Züge von Berlin verkehren nur noch bis nach Schwiebus. Nach einer Meldung vom Sonntag abend soll sich Meseritz ebenfalls in den Händen der Polen befinden. Es wurde am Freitag von einer etwa 3000 Mann starken polnischen Truppe eingeschlossen und fiel am Sonntag in polnische Hand.

Zwei Armeekorps für Posen und Schlesien

Berlin, 5. Januar.

Wie wir erfahren, sollen die Aufgebote für die militärische Wiederbesitzergreifung Posens und zur militärischen Sicherung Oberschlesiens zwei Armeekorps betragen.

*

Unruhen in der Provinz Sachsen

(Gegenrevolutionäre Strömungen in Blankenburg a. Harz. Lohnforderungen der Arbeitslosen in Erfurt)

Blankenburg a. Harz, 6. Januar.

Am Sonnabend morgen durchzogen Matrosenpatrouillen die Stadt. Von den Harzer Werken setzten sich die Arbeiter in Bewegung und zogen nach der Kaserne, wo sie bewaffnet wurden. Auf dem Marktplatz teilte Redakteur Hesse mit, daß von Seiten der aktiven Offiziere und Unteroffiziere Blankenburgs eine Gegenrevolution beabsichtigt worden sei. Die Gegenrevolutionäre seien bereits mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet. Die Gegenrevolutionäre sollen aus den Garnisonen Halberstadt und Quedlinburg militärische Unterstützung erhalten. Es sei beabsichtigt gewesen, den A- und S.-Rat zu stürzen und das alte Regiment wieder aufzurichten. Der A- und S.-Rat habe rechtzeitig von der Bewaffnung Kenntnis erhalten. Durch ihren Demonstrationsumzug durch die Stadt bekunde die Arbeiterschaft, daß sie sich die Errungenschaften der Revolution nicht aus den Händen nehmen lassen werde. Wie der A- und S.-Rat heute mitteilt, ist durch Vernehmung der Feldwebel festgestellt, daß in einer Sitzung des Militärs beschlossen worden ist, die Kaserne in Besitz zu nehmen, die Kasse zu beschlagnahmen und den A- und S.-Rat zu stürzen. Die Reste des Feldbataillons und des Ersatzbataillons sollten unter Führung des Oberleutnants Boye, unter Mitnahme sämtlicher Kammer- und sonstiger Bestände nach Quedlinburg gebracht werden. Ein Feldwebel hat in seiner Aussage bekundet, daß eventuell auch von der Waffe Gebrauch gemacht werden sollte. Die Stadt Blankenburg ist vollkommen ruhig. (Da diese Meldung von dem in den Händen der Spartakusleute befindlichen W. T. B. verbreitet wird, ist äußerste Vorsicht geboten.)

pk. Erfurt, 5. Januar.

Am Freitag bewegte sich ein Zug Arbeitsloser beiderlei Geschlechts vom Nordviertel nach dem Rathaus. Er mochte etwa 200 Köpfe stark sein. Die Demonstranten, denen rote Fahnen vorangetragen wurden, umzielten das Rathaus und entsandten zum Oberbürgermeister eine Abordnung, die mit der Forderung einer wesentlichen Wohnerhöhung für städtische Notstandsarbeiten vorstellig werden sollte. Der Stundenlohn von 80 Pfg. war tags vorher von den Arbeitslosen abgelehnt worden, auch mit einem Satze von 1,20 Mk. für die Stunde waren sie nicht einverstanden. Ihre Forderung lautete für Verheiratete 15 Mk., für Ledige 12 Mk. pro Tag. Wie der „Erfurter Allgem. Anzeiger" hört, wurde diese Forderung nach längeren Verhandlungen, bei denen Mitglieder des Erfurter A- und S.-Rates als friedliche Vermittler auftraten, angenommen. Die Arbeitslosen erklärten darauf unter diesen Bedingungen für die Stadt arbeiten zu wollen.

Wahlergebnis der badischen Nationalversammlung

Karlsruhe, 5. Januar.

Das vorläufige Ergebnis der Wahlen zur badischen Nationalversammlung ist in allen Wahlkreisen zusammen: 24 Demokraten, 35 Sozialdemokraten, 41 Zentrum, 7 Deutschnationale und kein Unabhängiger. Unter den Gewählten befinden sich neun Frauen, von denen vier vom Zentrum, vier von der Sozialdemokratie und eine von der Demokratischen Partei Mannheim gewählt wurden.

Die Nationalversammlung soll, nach einer Mitteilung der provisorischen Regierung, innerhalb der nächsten zehn Tage einberufen werden.

*

Amerikas Lebensmittel unterwegs

Genf, 6. Januar.

Acht Lebensmitteltransportschiffe für die Mittelmächte haben am 2. und ihr weitere Dampfer am 3. Januar amerikanische Häfen verlassen.

*

Um die Jugend

Wie nötig der Deutschnationale Jugendbund ist, der am Sonnabend unter so großer Zustimmung in Berlin gegründet worden ist, zeigen einige neueste Vorgänge auf dem Gebiete der Parteiwerbung um die Jugend. Die „Rote Fahne" ist dabei, einen „Bund kommunistischer Studenten" zu schaffen, der über das ganze Reich gehen soll. Der Bund will für revolutionäre Studenten an den Universitäten Geschäftsstellen der kommunistischen Bewegung schaffen. Das wäre also die Organisation der Spartakusstudenten. Sozialdemokratische Parteiorganisationen für Studenten bestehen an den Universitäten. Nun sollen auch die Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten in die rote Jacke gezwängt werden. In Berlin hat sich bereits ein sozialdemokratischer Werbeausschuß für die höheren Schulen gebildet, der die jungen Schüler und Schülerinnen für die sozialdemokratischen Parteizwecke einfangen möchte. Er will sie, wie das immer noch ein wenig vorsichtig ausgedrückt wird, „mit den Zielen des Sozialismus vertraut machen, ohne sie „in die Häßlichkeiten des Parteihaders hineinzuziehen". Angesichts dieser Bestrebungen, die Schüler noch russischem Vorbilde für Schülerräte, womöglich Lehrerwahl, Lehrerabsetzung, Strafendemonstrationen usw. zu dressieren, ist es die allerhöchste Zeit, daß der neue „Deutschnationale Jugendbund" mit aller Kraft seine Aufklärung und seine Arbeit für das, was einen rechten deutschen Jungen und ein rechtes deutsches Mädel ziert, im ganzen Reiche aufnehme: für den christlichen und nationalen Gedanken und für gesundes jugendliches Denken, das den russischen Schülerwahnsinn verabscheut. Wenn man sieht, wie die Jugend von den internationalen Parteien zur Parteiarbeit gelockt wird, so sollte man auf nationaler Seite bis in normalen Zeiten gewiß berechtigte Scheu von „politischer Betätigung" der Jugend in außergewöhnlichen Zeiten ruhig ein wenig mildern, sonst — kommen die Feinde der Nationalgesinnten zuvor!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901071-11/fragment/page=0002

Thüringische Erwerbsstände für Schaffung eines „Großthüringen"

K. Erfurt, 5. Januar.

Nachdem am 10. Dezember v. Js. im Stadtverordnetenhause zu Erfurt die A.- und S.-Räte Thüringens sich mit allen gegen eine Stimme für eine deutsche Einheitsrepublik ausgesprochen, in der die thüringischen Staaten zu einer Provinz verschmolzen werden sollen, haben sich heute die Erwerbskreise Thüringens ebenfalls in Erfurt versammelt, um zu der gleichen Frage bezw. der Schaffung eines republikanischen Bundesstaates Großthüringen Stellung zu nehmen, zumal man in diesen Kreisen die Auffassung vertritt, daß man die Regelung dieser Frage nicht den A- und S.-Räten allein überlassen dürfe. Vertreten waren in der großen Versammlung der Hauptausschuß für Vereinheitlichung von Verwaltung und Gesetzgebung in Thüringen, die Handelskammern für Schwarzburg-Sondershausen, Erfurt, Gera, Gotha, Greiz, Mühlhausen i. Th., Worbis und Heiligenstadt, Nordhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, S.-Weimar; Kreis Saalfeld und Kreis Sonneberg; die Handwerkskammern für Arnstadt, Erfurt, Gera (Reuß), Gotha, Greiz, S.-Weimar; die Landwirtschaftskammern für S.-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen, das Zentralorgan der land- und forstwirtschaftlichen Vereine für Reuß j. L. (Gera), Land- und forstwirtschaftlicher Haupt-Verein für Reuß ä. L., Landwirtschaftsrat für S.-Meiningen, Landwirtschaftskammer für S.-Weimar sowie der Verband Thüringischer Industrieller. Außerdem war die Weimarische Staatsregierung durch Geh. Regierungsrat Dr. Münzel und das Erfurter Regierungspräsidium durch Geheimrat Dr. Lotz vertreten. Auch die preußische Eisenbahndirektion hatte einen Vertreter entsandt. Nach einer kurzen Begrüßung der Versammlung durch den Vorsammlungsleiter Dr. Richter in Vertretung des verhinderten Geh. Kommerzienrats Pferdekämper sprach der Geschäftsleiter der Firma Karl Zeiß in Jena Dr. h. c. Max Fischer über Thüringen als wirtschaftliche Einheit und begann seine Ausführungen mit den ersten, hundert Jahre zurückliegenden ersten Bestrebungen in dieser Richtung, um schließlich die von Dr. Rosenthal im weimarischen Landtag im Jahre 1917 und 1918 im Namen der liberalen Fraktion geäußerten Wünsche zu streifen und die Gründe, die einen Zusammenschluß auf wirtschaftlichem Gebiete wünschenswert erscheinen zu lassen, darzulegen. Redner hebt da namentlich die früher stiefmütterliche Behandlung Thüringens in Eisenbahnfragen hervor, die erst gebessert wurde, als die Mehrzahl der thüringischen Staaten einen gemeinsamen Vertreter beim Bundesrat hatten und geht dann auf die künftigen großen gemeinsamen Aufgaben der thüringischen Staaten ein, wie wir sie bereits aus den in der gesamten thüringischen Presse wiedergegebenen Forderungen des Professors Dr. Rosenthal-Jena kennen: Ausbau der Wasserwege, Talsperren, Zusammenschluß der großen Industrien (Kali, Glas, Porzellan usw.), Steuerfragen, Beamten- und Lehrergehälter, Kirche und Schule und zahlreiche soziale Fragen; alle diese Materien müssen einheitlich geregelt werden und fordern den Zusammenschluß. Als außerordentlich bedauerlich bezeichnet der Redner die verschiedenen Abfonderungsbestrebungen in S.-Meiningen, S.-Koburg und S.-Altenburg, indem er weiterhin darauf hinweist, daß sich gegebenenfalls die Abtrünnigen dann keineswegs besser stehen, wohl aber eine wenig beneidenswerte Rolle spielen würden. Die Eigenart des Thüringers läßt sich nur schwer verwischen und muß erhalten werden durch wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß. Ueber die künftige Verfassung eines Staates Großthüringen haben die Volksvertretungen der Einzelstaaten zu beraten und zu beschließen und als eine der ersten und dringendsten Arbeiten ist die Schaffung eines Wirtschaftsamtes anzustreben. Als eine der vornehmsten kulturellen Aufgaben eines Großthüringen bezeichnet u. a. der Redner schließlich die Erhaltung und Förderung der gemeinsamen thüringischen Landesuniversität Jena. Hierauf sprach Museumsdirektor Dr. Redslob-Erfurt über die kulturelle Einheit Thüringens und betonte etwa — wir können aus Raummangel auf diesen trefflichen Vortrag nur andeutungsweise eingehen — die Notwendigkeit der Pflege unserer kulturellen Interessen, denn die kulturelle Frage ist eine allgemein menschliche. Der Redner geht dann über auf die Entwicklung der größten und ältesten thüringischen Industrie, die Porzellanindustrie, die noch heute seit dem 17. Jahrhundert den hohen Stand thüringischer Kunst und Kultur dokumentiere und bezeichnet die verschiedenen Absonderungsbestrebungen lediglich als den Ausfluß der in den weitesten Kreisen herrschenden Unkenntnis unserer eigenen kulturellen Werte. Um die letzteren soll zu begreifen, sind Rückblicke in die thüringische Geschichte, Kulturgeschichte, auf Oertlichkeiten und Persönlichkeiten notwendig: Der Dom zu Erfurt (Luther), die Wartburg und die Veste Koburg (Luther), Weimar mit Goethe und den anderen Großen im Reiche deutscher Kultur. Warum kommen die Fremden in Scharen nach diesen Stätten und nach Thüringen überhaupt? Weil sie von dort geistige Erholung finden und ethische Werte mit fortnehmen. Redner geht dann über auf die kulturellen Beziehungen der einzelnen thüringischen Städte zu einander, auf die hohe, der Natur abgelauschte Kultur verschiedener Erwerbszweige (Glasbläserei usw.) und betont schließlich die Notwendigkeit, die hohe und reiche Kultur Thüringens auf eine neue wirtschaftliche und soziale Grundlage zu stellen. —

Die sich an die beiden Vorträge anschließende ausgedehnte Aussprache war z. T. sehr interessant und für die Klärung der Materie wichtig. Dr. Allendorf-Erfurt trat für den Ueberritt Erfurts und der betreffenden preußischen Gebietsteile zu Großthüringen ein. Handwerkskammerjuristus Dr. Stier-Weimar erhofft aus dem Zusammenschluß große Vorteile für das Handwerk; ehemaliger Landtagsabgeordneter Höfer-Meiningen als Vertreter des meiningenschen Landwirtschaftsrates spricht im Namen der landwirtschaftlichen Vereinigungen Thüringens (mit Ausnahme von Koburg und Altenburg) und erklärt, daß alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Thüringens für ein bundesstaatliches Thüringen eintreten. Er wünscht weiterhin, daß im Interesse der meiningenschen Grafschaft Lamburg auch die Gegend um Naumburg mit in Großthüringen einbezogen werde; überaus energisch ein thüringische Wirtschaftskamt, ebenso notwendig der Ausbau der Landwirtschaftskammern. Oberbürgermeister Dr. Bielefeld-Arnstadt erklärt eine deutsche Einheitsrepublik für unmöglich und fordert die schleunige Schaffung einer thüringischen Zentralgewalt gegenüber Berlin. Amtsgerichtsrat Dr. Hoßfeld-Salzungen tritt in warmen Worten für ein Großthüringen ein, während Geh. Reg.-Rat Weidemann-Erfurt sich in überaus scharfer und temperamentvoller Form für den Verbleib Erfurts und der im Rede stehenden preußischen Teile bei Preußen einsetzt. Schriftsteller Rudolph-Jena als einer der Führer der äußersten Linken und Mitglied des A.- und S.-Rates, steht natürlich auf dem bereits oben gekennzeichneten Standpunkt der A.- und S.-Räte, während sich Engelhard, Schmidt und Dr. Lotz-Erfurt für ein bundesstaatliches Großthüringen einsetzen. Nachdem noch die beiden Redner Fischer und Redslob ein kurzes Schlußwort zu ihren Vorträgen genommen, ist die Aussprache beendet. Vorsitzender Dr. Richter weist noch darauf hin, daß die Aussprache gezeigt habe, daß ein gutes Fundament für ein Großthüringen vorhanden sei und die Nationalversammlung in dieser Richtung beeinflußt und aufgeklärt werden müsse. Die einzelnen Kammern sollen sich nun noch unter sich mit der Frage beschäftigen und der die Materie bearbeitende Ausschuß von 12 auf 18 Mitglieder erhöht werden. Als Ergebnis der ganzen Beratung ist zu verzeichnen, daß die in den genannten Vereinigungen zusammengeschlossenen Erwerbsstände von der Notwendigkeit der Gründung eines bundesstaatlichen Großthüringen in ihrem eigenen wie großdeutschen Interesse überzeugt sind. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Provinz Sachsen

Erfurt der Ort der Nationalversammlung

Von den Volksbeauftragten ist jetzt Erfurt als Sitz der Nationalversammlung in Aussicht genommen. Alle politischen Parteien Deutschlands verknüpfen mit dem Namen Erfurt besondere Erinnerungen an ihre Geschichte. Viele herrliche Baudenkmäler schmücken die Stadt, in der Martin Luther einst wirkte. Reich an Begebenheiten ist die Geschichte der Blumenstadt. Glückliche und schicksalsschwere Zeiten hat sie durchlebt. Erinnert seien nur die Tage des sächsischen Bruderzwistes und das sogenannte „tolle" Jahr von 1509. Auch wirtschaftlich gehörte Erfurt stets zu den größten Städten Deutschlands. Sie war Mitglied der Hansa. Bis 1873 zählte es zu den Festungen. Weniger bekannt dürfte sein, daß Erfurt Geburtsstadt des berühmten Mechanikers Adam Ries ist. So darf man hoffen, daß die Wahl zum Tagungsort der Nationalversammlung auf die altehrwürdige Handelsstadt Erfurt fallen wird.

*

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt

hat kürzlich ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1917 veröffentlicht, der ein lebendiges Bild sozialer Fürsorge wiederspiegelt. An der Anstalt waren 139 Beamte tätig. Die Zahl der Kontrollbeamten beträgt zurzeit 28 im Hauptamte und 4 im Nebenamte durch Vertrag mit den betreffenden Verwaltungsbehörden. Die Zahl der Eingänge belief sich auf 186 446, die der Ausgänge auf 29 500. Der Aufwand an Porto betrug 29 800,11 Mk., im Jahre 1916 auf 28 136,71 Mk. In den Rentenakten gelangten neu zur Eintragung (gegenüber den in Klammern beigefügten Zahlen von 1916) zusammen 15 577 (12 283) Renten. Dagegen kamen in Wegfall 11 027 (7769) Renten. In die Listen für Hinterbliebenenrenten wurden eingetragen 5861 (6451) Renten. Dagegen kamen in Wegfall 606 (454) Renten. Die Ausgabebelastung mit Alters- und Invalidenrenten betrug 8 620 232,91 Mark, 1 114 940,38 Mk. mehr als im Vorjahre.

Bis zum Schlusse des Jahres blieben bestehen: 14 968 Altersrenten zum Jahresbetrage von 2 506 516,20 Mk., 49 344 Invalidenrenten mit 8 246 616,60 Mk., 3014 Krankenrenten mit 600 143,20 Mk. Die Hinterbliebenenrenten beziehen sich auf 18 306 Fälle zum Jahresbetrage von 1 602 755 Mk.

Die Erstattungen für verwiesene Kranke beziffern sich im Jahre 1917 auf den Gesamtbetrag von 77 080,34 Mk., 1916 auf 46 876,40 Mk. Geldstrafen sind im Jahre 1917 in 99 Fällen 503 Mk., 1916 in 183 Fällen verhängt worden.

Die Zahl der im Berichtsjahre abgeschlossenen Heilverfahren betrug 2636 (3022), die dadurch entstandenen Kosten 745 005,25 Mark (705 518,49 Mk.). Für verbeugende Krankenfürsorge sind im Jahre 1917 rund 106 258 Mk., für Kriegsfürsorgemaßnahmen 303 441,75 Mk. verwandt. Der Markenerlös betrug im Jahre 1917 12 280 689,06 Mk. Die Verwaltungskosten betrugen 1 014 186,76 Mk. Die Kosten der eigenartischen Kontrolle bezifferten sich auf 130 668,50 Mk. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen wurden in Höhe von 875 450 Mk. gewährt. Der Stand des reinen Vermögens der Versicherungsanstalt belief sich am Schlusse des Jahres 1917 auf 181 690 827 Mk.

Im Stadtkreise Halle (im Saalkreise) liefen am Schlusse des Jahres 1917 8197 (1063) Invaliden- und Krankenrenten, 654 (464) Altersrenten, 152 (68) Witwen- und Witwerrenten, sowie Witwerkrankenrenten und 1044 (465) Waisenrenten.

Zu dem 10. Wahlbezirk gehören der Stadtkreis Halle und die Landkreise Merseburg und Querfurt.

Aus den Kreisen der Arbeitgeber ist Ausschußmitglied Franz Thier, Verwaltungsdirektor zu Halle, Ersatzmann ist Wilhelm Krüger, Fabrikdirektor zu Querfurt. Aus den Kreisen der Versicherten ist Ausschußmitglied Otto Dietzel, Lederarbeiter zu Merseburg. Ersatzmann ist A. Sämisch, Rendant zu Schkeuditz.

*

Die Wanderung der Arbeiter in der Provinz

Der Quittungskartenaustausch der deutschen Landesversicherungsanstalten ermöglicht es, im großen Umrisse sich ein Bild zu machen von den Binnenwanderungen der Arbeiter zwischen größeren Bezirken des Reiches. Wie sich der Arbeiteraustausch in neuerer Zeit gestaltet hat, zeigt der unlängst erschienene Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt für das Jahr 1917.

Beim Bezirk Sachsen-Anhalt stammt der Zuzug vorwiegend aus Brandenburg, dem Königreich Sachsen, Thüringen und Berlin, ferner aus Hannover. Der Wanderungsgewinn der 1917 verzeichnet wird, kommt demnach in erster Linie aus Brandenburg (18 068), Berlin (7248), Rheinprovinz (3933), Hannover (3729); es folgen die Hansestädte mit 2225, Westfalen mit 1496. Sachsen-Anhalt hat demgegenüber 1912 nach Schlesien 4438, nach Posen 2821, nach Thüringen 2275, nach Westfalen 1247, nach Ostpreußen 914 mehr abgegeben als empfangen; auch im Verkehr mit Pommern, Oberfranken, Elsaß-Lothringen, der Pfalz, Württemberg und Schwaben hat Sachsen-Anhalt Verlust. Der ungefähre Jahresgewinn für 1917 stellt sich für Sachsen-Anhalt auf 25 973 insgesamt. Nach Sachsen-Anhalt kamen innerhalb der Zeit der Gültigkeitsdauer der 1917 ausgewaschenen Karten insgesamt 24 127 Versicherte aus der Provinz Brandenburg, 10 827 aus Berlin, 6069 aus der Rheinprovinz, 9238 aus der Provinz Hannover, 4442 aus den Hansestädten, 19 857 aus dem Königreich Sachsen. Der Zuzug und Abzug innerhalb der Kartenvölkerkeit direkt vom Heimatsgebiet in das jetzige Aufenthaltsgebiet gewanderter Arbeiter stellt sich im Verkehr zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen auf 2275 zu ungunsten von Sachsen-Anhalt, im Verkehr mit Schlesien auf 4438 zu ungunsten von Sachsen-Anhalt, Posen und Westpreußen haben gegen Sachsen-Anhalt einen Vorsprung von 2821 und 1247 Versicherten.

*

n. Cöthen, 5. Jan. (Die Demobilmachungs- und Fürsorge-Ausschüsse für Stadt und Kreis Cöthen hielten am Sonntag vormittag im Rathause eine gemeinsame Sitzung ab. Zunächst wurde die Lebensmittelfrage eingehend behandelt und dabei betont, daß es neben der Entlohnung unbedingt die Wohnungsfrage und die Behandlung sei, welche die städtischen Arbeiter abkehre, sich dem Lande zuzuwenden. Auf diesen drei Gebieten müsse noch manches geschehen, wenn es besser werden soll. Die Wohnungsfrage kann aber nicht sofort gelöst werden, denn es sei unmöglich, jetzt so viele einwandfreie Wohnungen zu schaffen, wie notwendig sind. Zur Frage der Beschäftigung geistiger und gelernter Arbeiter in anderen Berufen übergehend, wurde betont, daß auch die Braunkohlengruben keine Arbeiter bekommen könnten, obwohl dort die oben genannten Gründe nicht vorhanden seien. So haben die Gruben in Edderitz und Gerlebogk trotz größter Anstrengungen bisher keinen Ersatz für die ausgeschiedenen Gefangenen und Polen erhalten können, und die Förderung ist von 11 000 auf 6000 Hektoliter zurückgegangen. Es soll darauf gehalten werden, daß alle Arbeitslosen jede ihnen zugewiesene Arbeit annehmen müssen, zu der sie körperlich fähig sind. Dies werde um so mehr nötig sein, als wir vermutlich noch in diesem Monat mit einer großen Arbeitseinschränkung, wenn nicht zur Stillegung von Betrieben in der Metall- und Holzindustrie zu rechnen haben, wodurch die Zahl der Arbeitslosen um viele Tausende vermehrt wird. Anregend wurde, einen Minimallohnsatz festzusetzen, zu dem Arbeitslose ihnen angebotene Arbeit annehmen müssen, wenn sie nicht der Unterstützung verlustig gehen wollen. Bezüglich der Beschäftigung fremder Arbeiter wurde von amtlicher Stelle die Auskunft gegeben, daß für diese ein Zwang zum Verlassen der Arbeitsstellen nicht vorliegt. Sie können bleiben, wenn sie wollen. Auch sei sicher darauf zu rechnen, daß auch in Zukunft hier polnische Arbeiter zu haben sein werden.

— Bernburg b. Gröbers, 6. Januar. (Wilddieb und Arbeiterrat.) In hiesiger Flur ist sehr stark gewildert worden. Es gelang vor kurzem, einen Arbeiter aus einem Nachbarorte auf frischer Tat beim Fangen von Hasen mit der Schlinge zu erwischen. Bei einer vorgenommenen Haussuchung wurden bei ihm auf dem Boden 20 mit Schlingen gefangene Hasen gefunden, ferner aber auch 1 Zentner Graupen und andere Lebensmittel, über deren Herkommen der Mann sich nicht ausweisen konnte. Nicht uninteressant ist, daß der Wilddieb und Lebensmittelhamster Mitglied des Arbeiterrates seines Wohnortes ist.

Stadtverordnetensitzung in Halle

Halle, den 6. Januar.

Die Versammlung wird vom Stadtv.-Vorsteher Geh. Justizrat Keil geleitet. —

Es liegt ein Bittgesuch der Bureauangestellten vor, in dem im Auftrage der beim Magistrat beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen unter Darstellung ihrer Notlage gebeten wird, sämtliche Teuerungszulagen ihrem Grundgehalt zuzurechnen und ihnen einen einmaligen Entschuldungsbeitrag zu gewähren. Das Gesuch wird auf 14 Tage zurückgestellt. — Ferner liegt ein Gesuch vor, das im Auftrage der städtischen Arbeiter der Grube „Karl Ernst" wiederholt um Gewährung einer Teuerungszulage bittet. Das Ansuchen war bereits vor kurzem einmal gestellt und vom Magistrat abgeschlagen worden. Stadtv. Osterburg befürwortete beschleunigte Erledigung der Angelegenheit, da es möglich sei, daß die Angelegenheit Anlaß zu einem Streik auf der Grube gäbe. Die Sache wird dem Petitionsausschuß übermiesen; desgleichen ein Gesuch eines Herrn Paul Schneider um Gewährung einer Teuerungszulage. —

An das Gesuch, zweier ehemaliger Mitglieder des Stadttheater-Orchesters, Kriegsteilnehmer, um Wiedereinstellung in ihre alte Stellung knüpft sich eine kurze Debatte. Die Petitionten machen geltend, sie seien vom Stadttheaterdirektor mit ihrem Wiedereinstellungsgesuch abgewiesen worden, obwohl, wie Redner bemerkt, das Orchester des Stadttheaters gegenwärtig keineswegs vollzählig besetzt sei; statt 52 zählte es nur einige 40 Mitglieder. Ueberdies sei der Bittsteller seinerzeit die Wiederaufnahme in das Orchester versprochen worden. Durch Verwendung des Oberbürgermeisters ließe sich die Angelegenheit schon zur Befriedigung der Gesuchsteller regeln. Oberbürgermeister Dr. Rive führt aus: Der Stadttheaterdirektor hat im vorliegenden Falle gewiß Alles, was man billigerweise fordern kann, getan, um die beiden Musiker, zumal es sich um Kriegsteilnehmer handelt, wiedereinzustellen. Soweit Redner Kenntnis habe, sind die Petitionten nicht bei Dir. Sachse, sondern bei Dir. Richards in Diensten gewesen und man kann Herrn Sachse nicht verdenken, wenn er sich nicht ohne Weiteres an die Versprechungen seines Vorgängers gebunden hält. Stadtv. Herzfeld bemerkt: Der vorliegende Fall dürfte die Versammlung wohl zu einer Revision der Theaterverträge insgesamt Anlaß geben. Es mag dahingestellt bleiben, ob man nicht den herrschenden Strömungen folgen und einer Verstaatlichung des hiesigen Theaters nahetreten muß, sobald der Kontrakt mit Direktor Sachse abgelaufen ist, oder falls sich die Verbindlichkeiten zu einem früheren Zeitpunkte lösen lassen. Eine gewisse Verpflichtung, die Angestellten und s. Zt. zum Heere einberufenen Angestellten der Direktion Richards wiederanzustellen, können wir nicht von der Hand weisen. Stadtv. Schellhauer pflichtet den Darlegungen bei. Oberbürgermeister Dr. Rive bemerkt: Man behandelt hier eine Angelegenheit, ohne daß der hauptsächlich daran Beteiligte irgendwie Gelegenheit hat, sich zu äußern; mit Angelegenheit mag der Theaterdeputation überwiesen werden, die sich mit dem Theaterdirektor ins Einvernehmen setzen und die Dinge klarstellen kann. Wir werden überdies vielleicht bereits in der nächsten Sitzung Gelegenheit haben, uns mit den Theaterverträgen zu befassen; soviel ich weiß, ist

eine große Theatervorlage unterwegs

zur Stadtverordnetenversammlung. Danach wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Wahl des Vorstandes ergibt keine Veränderungen; mit 37 von 41 Stimmen wird Geheimrat Keil zum Vorsitzenden, mit 36 von 40 Geheimrat Foehring zum stellv. Vorsitzenden, mit 34 von 41 Stadt. Borchert zum 1. Schriftführer, mit 33 von 39 Stadtv. Wesche zum 2. Schriftführer wiedergewählt. Sämtliche Herren nehmen die Wahl mit Dank an; Geheimrat Keil führt bei der Gelegenheit kurz aus: Sehr lange wird die Versammlung in der jetzigen Zusammensetzung nicht mehr fungieren, bis dahin aber wollen wir wie bisher unentwegt unsere Pflicht tun, und nach unseren Kräften dazu beitragen, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. So wie es jetzt im Lande steht, kann es nicht weiter gehen. Wenn die Parteien, die sich die Wahrung der Arbeit als einziges Ziel gesetzt haben, nicht in der Lage sind, die Aufnahme der

In den Ausschuß für Deputations- und Ausschußwahlen, die sogen. „Kommissions-Kommission", werden außer dem Vorstande die Stadtv. Borges, Blumentritt und Stechner wieder und Stadtv. Emmer neu hinzugewählt. —

Der Haushaltsplan der Brennhard-Stiftung und der Ehrlichschen Stiftung werden genehmigt.

Der Magistrat hat beschlossen, die bei der Straßenbahn und Stadtbahn gegen den Voranschlag von 104 250 Mk. im Rechnungsjahre 1917 mehr erzielten Ueberschüsse von rund 900 000 Mk. zu ¼ dem Reservefonds und zu ¾ dem Kriegsrücklagefonds der Straßenbahnen zuzuführen. Im Anschluß an diese Vorlage entspinnt sich eine breitere Aussprache. Stadtv. Balke führt aus: Die Höhe des Ueberschusses ist geradezu überraschend. Hätte ich davon früher gewußt, so würde ich niemals für den 15- und 20 Pfg.-Tarif gestimmt haben. Ueberhaupt werden die Vorlagen in der Straßenbahnbeputation, die alle viertel Jahre einmal zusammenkommt, viel zu schnell durchgepeitscht. Redner wünscht, daß der Ueberschuß auch denen zugute kommt, denen er in erster Linie zu danken ist; das sind die Schaffnerinnen. — Redner fragt weiter, was der Vorort Cröllwitz verbrochen habe, daß er vom Magistrat so vernachlässigt wird. Die fiskalische Lahmlegung der Straßenbahnstrecke über die unwirtliche, zugige Cröllwitzer Brücke gibt Anlaß zu vielem Aerger. Wenn an Strom gespart werden muß, so soll man die Beleuchtung einschränken. Auch muß es möglich sein, daß man auf die Dauerkarte statt mit der Linie 8 auch mit der 8 fahren kann. Ferner soll man bei den Schülerfahrkarten nicht so kleinlich verfahren; auf die Karten soll man getrost 2 Kinder fahren lassen. Bürgermeister Seidel tritt den Ausführungen entgegen und legt u. a. dar, daß der neue Tarif angesichts der bevorstehenden großen Aufwendung des nächsten Jahres beantragt worden sei. Die Zukunft fordert gewaltige Summen für die Straßenbahn; allein die Ausrüstung des Personals mit der notwendigsten Dienstkleidung kostet 100 000 Mark. — Stadtv. Emmer bringt den Antrag ein, die den städtischen Arbeitern bewilligten Teuerungszulagen nach demselben Zeitpunkt (20. November) einzurichten, wie die der städtischen Angestellten. Magistratsvorlage und Antrag Emmer finden Annahme. —

Für das Gaswerk (Rechnungsjahr 1918) werden Gesamtmehrkosten von rund 958 200 Mk., für das Wasserwerk ein Mehraufwand von 97 900 Mk. bewilligt, der Haushaltsplan der Gartenverwaltung für das laufende Rechnungsjahr wird antragsgemäß um 26 000 Mk., der Straßenbauetat für 1918 um 2500 Mk. bezw. 375 Mk. verstärkt.

Gleisumbauten bei der Straßenbahn.

Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten wird beabsichtigt, im Straßenbahnbetriebe verschiedene Gleisumbauten und -Erneuerungen sobald als möglich ausführen zu lassen. Es handelt sich um Arbeiten, welche bereits von den Bahnaufsichts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901071-11/fragment/page=0003

bestimmen genehmigt und für welche von den städtischen Körperschaften Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Die zur Ausführung der Arbeiten 1. St. veranschlagten Kosten reichen unter den gegenwärtigen Verhältnissen naturgemäß nicht aus, und es sind erhebliche Kreditüberschreitungen zu erwarten. Folgende Projekte sollen zur Ausführung kommen: Zweigleisiger Ausbau am Weißbier-Salon und im Mühlweg mit Einschwenkung in die Friedrichstraße, Ausweichung des Gleisdreiecks vor dem Waihallahbeakr, zweigleisiger Ausbau in der Friedrichstraße und der Alten Promenade zwischen Kapellengasse und Hauptpost, zweigleisiger Ausbau der Friedrichstraße zwischen Friedrichsplatz und Wilhelmstraße, Gleisverbindung Reil-, Ludwig-Wucherer-, Bernburger-, Richard-Wagnerstraße, Standgleis „Saalschlaßbrauerei", Gleiserneuerung in der Franckestraße zwischen Riebeckplatz und Prinzenstraße, Gleisverschiebung in der Gr. Steinstraße zwischen Hauptpost und Mädchen-Mittelschule, Gleisverschiebung an der Endweiche Böllergrieweg und Gleisausweichung in der Ramischen Straße zwischen Gr. Berlin und Steinweg. Die Versammlung erteilt den tatsächlich entstehenden Ueberschreitungen bezw. der Inanspruchnahme des Erneuerungsfonds der Straßenbahn ihre Zustimmung.

Der Magistrat hat beschlossen, die zur ehemaligen Schaefschen Ziegelei gehörigen Grundstücke an die Erben des Geschäftsführers Gustav Günther käuflich zu erwerben, auf zwei Jahre zum Jahrespachtzinse von 4500 Mk. zu verpachten, dagegen dem Antrage auf Weiterverpachtung auf fernere vier Jahre zu 3000 Mk. nicht stattzugeben. Die Versammlung tritt dem Beschluß bei. —

Halle und Umgebung

Halle, 6 Januar

Die moderne Gesetzgebung auf bedenklichen Wegen

Seit langen Jahren besteht im Buchdruckgewerbe eine als vorbildlich anerkannte Tarifgemeinschaft, die auch in den schweren Zeiten des Krieges den Berufsangehörigen — Arbeitgebern wie Arbeitnehmern — gerecht zu werden verstand. So wurde noch am 1. Dezember 1918 den Buchdruckergehilfen außer der gesetzlich vorgeschriebenen achtstündigen Arbeitszeit eine Lohnerhöhung bewilligt, und zum Ausgleich hatten die Organe der Tarifgemeinschaft eine entsprechende Steigerung der Preise für Druckschen vorgesehen. Die allenthalben sich radikaler entwickelnden „wahnsinnigen Lohnforderungen", wie selbst der „Vorwärts" schrieb, griffen aber in Berlin auch auf die Hilfsarbeiter in den großen Zeitungsbetrieben über, wo man 120 M. Wochenlohn forderte, und als dieser nicht bewilligt wurde, in den Ausstand trat.

Die dortigen Buchdruckergehilfen hielten infolgedessen mit neuen und äußerst hohen Lohnforderungen nicht zurück und diese Bewegung setzte mit einer solch überraschenden Plötzlichkeit ein, daß die vorgeschriebene Zeit zur ordnungsmäßigen Einberufung des zuständigen Tarifausschusses völlig außer acht blieb, und infolgedessen auch keine beschlußfähige Sitzung zustande kam; von 19 Prinzipalsvertretern fehlten 14. Der Tarifausschuß setzte sich aber hierüber hinweg und beschloß wiederum eine ganz außerordentliche Erhöhung der Löhne und Druckschenpreise. An Stelle der mangelnden Beschlußfähigkeit wurde das — — Demobilmachungsamt angerufen, damit von diesem Stelle aus die feierliche Bestätigung der ignorierten Beschlußunfähigkeit mit gesetzlicher Kraft für ganz Deutschland bewirkt wurde.

Das Unmögliche wurde Ereignis, denn am 21. Dezember 1918 erging vom Demobilmachungsamt an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker eine „Anordnung betr. Löhne im Buchdruckgewerbe", die den nicht ordnungsmäßig zustande gekommenen Beschlüssen des Tarifausschusses gesetzliche Kraft verlieh, und zwar vorläufig für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1919. In dem Schreiben des Demobilmachungsamtes an den Tarifausschuß heißt es ausdrücklich, daß die Vereinbarungen hiermit die gleiche Kraft erhalten, „als wenn es sich bei diesen Vereinbarungen um einen ordnungsmäßig zustandegekommenen Beschluß des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker handelte".

Ein derartiger Standpunkt einer deutschen Regierungsbehörde wird wohl hoffentlich ein Novum bleiben, denn zu welchen Rechtszuständen sollte es führen, wenn das Verlassen des legalen Bodens seitens der Parteien einfach durch eine Anordnung irgendeiner Behörde ersetzt wird! Soll die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker nicht schwierigkeiten werden oder ihres bisherigen hohen Ansehens sich verlustig gehen, dann ist eine neue ordnungsgemäße Tagung des Tarifausschusses unerläßlich. Und die wird hoffentlich dafür Sorge tragen, daß das Bestehen derart bedenklicher Wege ein für allemal bermieden wird.

— **Die Gasversorgung.** Die während des Krieges in immer steigendem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten in der ordnungsmäßigen Gasversorgung, hervorgerufen durch die in jeder Hinsicht unzulängliche Versorgung des Gaswerkes mit geeigneter Kohle in Verbindung mit dem Mangel an sachlich vorgebildeten Arbeitskräften, haben zu einer begreiflichen Verstimmung gegen die Verwendung von Gas — insbesondere zu Beleuchtungszwecken — geführt. Nachdem nunmehr durch die Rückkehr der zum Heeresdienst eingezogenen, eingearbeiteten Kräfte aus dem Felde ein Teil dieser Schwierigkeiten behoben ist, stellt sich die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke ihren Gasabnehmern in weitgehendem Maße zur Verfügung, um helfend einzugreifen, wo die Störungen in den Anschlußleitungen vermutet werden. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß die Druckverhältnisse — mit Ausnahme während der Sperrzeiten — durchaus normale sind und der Heizwert jetzt nach Möglichkeit annähernd auf Friedensstand gehalten wird. Mängel in der Gasversorgung können also nur auf lokale Störungen zurückgeführt werden. Es wird gebeten, derartige Meldungen möglichst schriftlich an die Verwaltung zu richten, ihre Erledigung erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs.

— **Der Petroleumverkauf in der Talamtschule** ist bis auf weiteres eingestellt. Die Haushaltungen erhalten das ihnen für Januar zugewiesene Petroleum in den städtischen Ausgabestellen Große Märkerstraße 8 und Leipzigerstraße 39 nach besonderen Vorschriften, die demnächst bekanntgegeben werden.

— **Vergebung der Unterhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden** Die schon vor dem Kriege geplante Vergebung der Unterhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden nach einzelnen Losen mit jährlich wechselnder Beschäftigung der Handwerksmeister soll nunmehr durchgeführt werden. Diejenigen selbstständigen ortsansässigen Handwerksmeister verschiedener Handwerkszweige, die sich an diesen Arbeiten beteiligen wollen, werden hiermit eingeladen, die während der Dienststunden in der städtischen Hochbauverwaltung Rathausstraße 6, Zimmer Nr. 103, ausliegenden Meldungen abzuholen und ausgefüllt bis zum 31. Januar 1919 an die vorbezeichnete Dienststelle zurückzugeben. Die Verteilung der Arbeiten nach einzelnen Gebäudelosen erfolgt unter Mitwirkung der Handwerksvertretungen nach Vorschlag des städtischen Hochbauamtes von der Stadtbaudeputation zu den festgesetzten Einheitspreisen.

— **Für die Kunhaebung zu Gunsten unserer kriegsgefangenen deutschen Landsleute in allen Erdteilen,** die Juweler Tittel hier am nächsten Sonntag, vormittags von 11—2 Uhr im großen Saale der „Saalschlaßbrauerei" zu veranstalten beabsichtigt, ist das Interesse der Angehörigen von Kriegsgefangenen und der bereits aus der russischen, englischen und französischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten kriegsgefangenen Deutschen so lebhaft, daß Eintrittskarten ausgegeben werden müssen, um die Ueberfüllung des Saales zu vermeiden. Die Eintrittskarten werden, soweit der Vorrat reicht, von Juweler Tittel kostenlos verabfolgt, um Jedermann die Beteiligung zu ermöglichen.

— **Halle in den Verlustlisten.** Preußische Verlustliste Nr. 1825: Landw.-Inf.-Regt. Nr. 7. 1. Komp. Karl Reuschmann, 18. 11 84, vermißt; 1. Komp. Otto Hämmerer, 3. 3. 96, vermißt; Maschinengewehr-Komp. Hermann Aleinhardt, 8. 9. 99, vermißt. Füs.-Regt. Nr. 36: 6. Komp. Gefr. Kurt Bude, 8. 7. 99, gefallen 27. 9. 1918; 7. Komp. Ltn. Johannes Compes de la Porte, 20. 2. 99, vermißt; 7. Komp. Ltn. d. R. Walter Göbel, 26. 1. 96, gefallen 27. 9. 18; 7. Komp. Gefr. Erich Große, 16. 11. 96, vermißt; 7. Komp. Wilhelm Schmidt, 25. 7. 98, verwundet; 8. Komp. Sergt. Otto Wilsdorf, 15. 4. 85, vermißt. Res.-Inf.-Regt. Nr. 36: Erich Rößler (Ers.-Batl.), 30. 5. 1900, gest. infolge Krankheit 24. 9. 18. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 36: 3. Komp. Gefr. Karl Fränicke, 14. 3. 83, gefallen 14. 10. 18; 3. Komp. Max Hesse, 30. 8. 72, leicht verwundet; 9. Komp. Gefr. Otto Wilde I, 20. 8. 97, vermißt; Gustav Benner, 15. 10. 70, lt. priv. Mitteil. in Gefangenschaft. Res.-Inf.-Regt. Nr. 74: 12. Komp. Hugo Gericke, 9. 1. 81, vermißt. Feldart.-Regt. Nr. 107: 4. Batterie Rudolf Meyer, 29. 11. 99, vermißt.

— **Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen in Halle** hat nach längerer Kriegspause seine regelmäßige Tätigkeit wieder aufgenommen. 1. Vorsitzender ist Prof. Dr. Pringsheim; zum Geschäftsführer wurde Dr. Curt Schlüter gewählt. Die Hauptversammlung bot außer wichtigen geschäftlichen Punkten auch einen interessanten Vortrag. Prof. Dr. Pringsheim sprach an der Hand vorzüglicher eigener Lichtbilder (z. T. Autochrome) über „Die Pflanze und das Licht". Er betonte zunächst, daß die Pflanze in ihrer Ernährung vom Lichte abhängt und daß sich daraus ihr Bau erklärt. Sie allein vermag die Lichtenergie auszunutzen, die sie zur Herstellung von Bau- und Nahrungsstoffen verwertet. Im Dunkeln strebt sie durch Verlängerung ihres Stengels das Licht zu erreichen. Mannigfache Einrichtungen dienen dazu, den Boden zu durchbrechen. Darauf neigen sich die Stengel dem Lichte zu und stellen die Blätter so ein, daß sie möglichst günstige Beleuchtung gewinnen. Im Waldesschatten können nur wenige grüne Pflanzen gedeihen. Daher sehen wir hier nur im Frühjahr einen bunten Blütenteppich, während Schlingpflanzen in die Baumkronen emporklimmen, um günstige Beleuchtung zu erlangen. Auch auf die Gestalt der Bäume hat das Licht Einfluß, so daß sie im dichten Bestande anders aussehen als vereinzelt auf sonniger Fläche. Eine Abhängigkeit vom Lichte sehen wir auch bei anderen Organismen, soweit sie grün sind, während Bakterien durch das Licht geschädigt werden.

*

Stadttheater

Infolge der lang anhaltenden Erkrankung des Herrn Webding war es nicht möglich, den ersten Teil von Björnsons „Ueber unsere Kraft" im Donnerstag-Abonnement vor der für Donnerstag, den 9. d. M. angesetzten Erstaufführung von „Ueber unsere Kraft" 2. Teil nochmals zu wiederholen. Die Direktion will aber dessenungeachtet den Inhabern der Donnerstag-Stammkarten Gelegenheit geben, den ersten Teil vor dem zweiten Teil zu den im Abonnement liegenden Vergünstigungen kennen zu lernen. Es werden deswegen zu der für Mittwoch, den 8. d. M. angesetzten Wiederholung von „Ueber unsere Kraft" 1. Teil den Inhabern von Donnerstag-Stammkarten, gegen Vorzeigung der Stammkarten, gleichwertige Plätze, zu ermäßigten, der Abonnementsquote entsprechenden Preisen abgegeben.

*

— **Filamette Hildegarde,** eine junge, sehr begabte Tänzerin, tritt morgen, Dienstag, zum ersten Male in Halle (Thaliasäle) auf.

Kunst und Wissenschaft

k. **Vom Weimarer Landestheater.** Am Vormittag des 2. Januar hat sich der neue provisorische Intendant des Landestheaters, der Dichter und Schriftsteller Ernst Hardt, in einer im Theatergebäude anberaumten, vom gesamten Künstlerpersonal, den Mitgliedern der Hofkapelle, sowie den Verwaltungsbeamten besuchten Versammlung seinen künftigen Mitarbeitern offiziell vorgestellt und damit die Leitung des Kunstinstituts bis auf weiteres bzw. zu einem Definitivum vorläufig übernommen. Der bisherige Vertreter des Hofmarschallamtes in der Verwaltung des ehemaligen Hoftheaters, Geh. Hofrat Heinemann, führte den neuen Leiter in seine Stellung ein, indem er zugleich mit warmen Worten der großen Verdienste des ausgeschiedenen Herrn von Schirach um die Kunst und das Institut gedachte. Ernst Hardt richtete eine längere Begrüßungsansprache an die Versammelten, indem er die neuen sozialen Einrichtungen, wie die Institution des Künstlervrats, die materielle Aufbesserung u. a. m. anerkannte und der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die von der provisorischen Regierung in Aussicht gestellten Mittel dem nötigen Aufwand entsprechen möchten. Da Hardt Stellung zunächst eine interimistische ist, nehm er von der Entwicklung eines künstlerischen Programms Abstand.

„H. Z."-Sportberichte

Die Meisterschaftskämpfe im Saalegau

Beginn der 2. Runde. Halle 96 festigt seine führende Stellung. Wacker und Favorit siegreich.

Mit steigendem Interesse hatte man den ersten Spielen der 2. Runde entgegengesehen. Wie ist das Stärkeverhältnis der Vereine nach Rückkehr ihrer Spieler aus dem Felde geworden? Diese Frage soll durch die kommenden Kämpfe gelöst werden. Der erste Spieltag brachte schon etwas Klärung in die sportliche Gesamtlage, indem zwei Meisterschaftsanwärter weiteren Punktverlust auf sich nehmen mußten, während der an der Spitze stehende Verein seinen Vorsprung vergrößerte. Borussia schied durch seine Niederlage als Anwärter auf die Meisterschaft aus, da 8 Punktverluste nicht mehr gutzumachen sind. Im günstigsten Falle kann Borussia noch auf 16 Punkte kommen, die aber zur Erlangung der Meisterschaft nicht mehr ausreichen werden. Favorit befindet sich in derselben Lage. Beide Vereine kommen nur noch für die Plätze in Frage. Für Sportfreunde ist die Niederlage besonders schmerzlich, da die Mannschaft in Gefahr gerät, durch Wacker vom zweiten Platz verdrängt zu werden. Trotzdem sind Sportfreunde und Wacker noch nicht ganz aussichtslos. Es kommt für sie ganz darauf an, wie Halle 96 in den weiteren Kämpfen abschneidet. Aus einer Kraft können beide heute schon nicht mehr Meister werden, sondern die anderen Vereine müßten Schrittmacherdienste leisten und dem Gaumeister Punkte abknöpfen. Hohenzollern ist auf den vorletzten Platz in der Tabelle gesunken und scheidet als Kandidat auf die Meisterschaft schon jetzt aus.

Der Stand der Kämpfe nach dem ersten Spieltage der zweiten Runde ist folgender:

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Torverh.	Punkte
Halle 96	7	6	1	0	26 : 9	13
Sportfreunde	7	4	0	3	16 : 14	8
Wacker	7	3	1	3	20 : 20	7
Borussia	7	2	2	3	14 : 17	6
Favorit	7	3	0	4	17 : 19	6
Sportverein	7	2	1	4	7 : 18	5
V. f. B. Merseb.	6	1	1	4	15 : 18	3

Nun zu den Spielen selbst. Wacker schlägt Sportfreunde 4:0. Man hatte ein knapperes Resultat, ja ein unentschiedenes erwartet. Wacker entschied das Spiel durch seinen vorzüglichen Sturm, in dem Wackwitz die treibende Kraft war. Auch Brüntigam war sehr gut, so daß Sportfreunde Mühe hatten, sich der mächtigen Angriffe zu erwehren. Bis zur Halbzeit erzielte Wacker 3 Tore. Nach dem Seitenwechsel kamen die Sportfreunde wiederholt gut auf, konnten aber bei der sicheren Hintermannschaft Wackers nichts erreichen. Während der Sieger ein überlegenes Spiel zeigte, wollte es bei dem Unterlegenen, trotz guter Leistungen nicht so recht klappen. Jedenfalls haben die Sportfreunde schon Besseres geleistet. — Halle 96 gewinnt gegen Sportverein 98 4:0. Mit demselben Resultat wie im ersten Verbandsspiele holte sich Halle 96 die beiden Punkte. Allgemein rechnete man mit einem Siege des Sportvereins, da der Gaumeister in letzter Zeit, wenn auch mit vielem Ersatz spielend, wenig geleistet hatte. In dem Spiele gegen Sportverein trat er mit stärkerer Mannschaft, wenn auch ohne Spenn und Dennecke, an. Man sah seit langer Zeit wieder Förderer und Pfundt, die der Elf einen festen Halt geben. Beim Gegner vermißte man Gäbelein, der noch nicht in die Heimat zurückgekehrt ist. Sportverein spielte die ersten Minuten überlegen, da Halle 96 nur 9 Mann im Felde hatte. Trotzdem erzielte die Mannschaft in dieser Zeit das erste Tor. Nachdem sich die Mannschaft vervollständigt hatte, wurde der Kampf offen. In der zweiten Spielhälfte war Halle 96 stark überlegen und sicherte sich durch drei weitere Tore den Sieg. Der gezeigte Sport stand voll auf der Höhe. Her Zipfel leitete das Spiel vorzüglich, so daß die zahlreichen Zuschauer einen, wenn auch scharfen, so doch einwandfreien Kampf zu sehen bekamen. — Favorit siegte über Borussia 8:2. Nach einem im schnellsten Tempo durchgeführten Kampf zweier gleichwertiger Gegner vermochte Favorit einen knappen Sieg zu erringen. Ein unentschiedener Ausgang hätte dem Spielverlaufe wohl eher entsprochen. Favorit entschied durch gutes Stürmerspiel den Kampf zu seinen Gunsten. Das Spiel erreichte bei dem Stande von 2:2 seinen Höhepunkt. Mit größter Energie versuchte jede Mannschaft den Sieg zu erringen. Favorit blieb glücklicher Sieger und verbesserte dadurch seinen Platz im Gau. Bei Borussia war die Deckung ausgezeichnet. Auch im Sturm wurde fleißig gespielt, wenn auch das Zusammenspiel nicht so ausgeprägt wie beim Gegner war. Herr Hamel von Halle 96 war ein aufmerksamer Schiedsrichter und hatte das Spiel jederzeit in der Gewalt.

*

Die Merseburger Verbandsspiele der IIa-Klasse am 5. Januar.

Hohenzollern—Preußen 1:2 (1:1).

Einen schönen, die zahlreich erschienenen Zuschauer äußerst fesselnden Kampf lieferten sich gestern die beiden ältesten hiesigen Rasensportvereine Hohenzollern und Preußen. Beide Vereine hatten äußerst starke Mannschaften zur Stelle, und so gab es einen Kampf, der glatt an Friedenshöhe heranreichte. Hohenzollern hat Anstoß und bringt den Ball sogleich vor des Gegners Tor, wo schon in der 4. Minute durch einen Zufallstreffer der erste Erfolg für Hohenzollern fällt. Nun aber setzt ein äußerst erbitterter Kampf ein: beide Stürmerreihen unternehmen einen Angriff nach dem andern, aber beide Torwächter verwehren ihr Heiligtum ganz vorzüglich. Schon scheint Hohenzollern siegreich in die Halbzeit gehen zu können, als kurz vor Halbzeit Preußen durch einen Fehler von Hohenzollerns Verteidiger gleichziehen kann. Nach der Pause ist Preußen weiter stark im Angriff, kann aber nichts Zählbares erreichen. Erst in der 25. Minute bringt ein Prachtschuß seines Mittelstürmers Preußen den zweiten Erfolg und damit die Führung. Leider mußte noch weitere zehn Minuten das Spiel abgebrochen werden, da der Ball versagte, ein anderer aber von Hohenzollern nicht zur Stelle war. Wenn auch die Ballnot jetzt eine sehr große ist, so muß doch diese Nachlässigkeit als eine unverantwortliche bezeichnet werden, für die der betreffende Verein ganz gerecht mit dem Punktverlust für dieses Spiel bestraft werden mußte. Die Preußen-Elf hat sich durch dieses Spiel zwei äußerst wertvolle Punkte gesichert, so daß sie mit zehn Punkten auch fernerhin in starker Anwartschaft auf die Meisterschaftsrunde bleibt.

Germania-Ammendorf 0:3.

Im zweiten Verbandsspiel des Sonntags landete Ammendorf glatt den erwarteten Sieg gegen Germania. Die Ammendorfer führten von Anfang bis zu Ende ein schönes, fast immer überlegenes Spiel vor, was sich ja auch in dem Resultat ausdrückt. Die Niederlage verdankt Germania größtenteils seinen Torwächter, der meist völlig versagte.

Weitere Merseburger Fußballresultate: V. f. B. IV gegen Favorit IV 22:0 (Verbandsspiel)?, Preußen II gegen Germania II 8:2.

*

— **Der F. C. 96** hielt am 4. Januar eine Versammlung ab, in der u. a. das Verhältnis der Fußballabteilung und der Tennisabteilung eingehend besprochen wurde. Nach langer Debatte, an der sich u. a. die Mitglieder Moldenberger, Guntermann, Burghardt, Sportredakteur Querfurt von der Hallescher Zeitung beteiligten, wurde eine Einigung erzielt. Die ersprießliche Aussprache wird noch ihre erfreulichen Folgen zeigen. Es wurde auch angeregt, dem Ausbau der sportlichen Berichterstattung weitgehendste Aufmerksamkeit zu widmen.

— **Sportlicher Jahreskalender.** In der Tennisabteilung des F. C. 96 findet am kommenden Donnerstag, den 9. Januar, abends, im Klubhause am Angerweg ein Vortrag des Redakteur Fr. Querfurt von der Sportredaktion der Halleschen Zeitung über das Thema: „Vom Rhein bis zu den Alpen" statt.

Aus dem Gerichtssaal

Schöffengericht in Halle

Gefängnis für Brotkartenfälschung.

Die Vermieterin Elise M. war der Urkundenfälschung beschuldigt. Sie war im August 1918 beschäftigt in Berlin und hatte nach ihrer Rückkehr nach Halle auf dem Brotausweise das Datum 28. August, bis zu welchem Tage sie in Berlin Brotmarken empfangen hatte, in 18. August abgeändert, um dadurch für zehn Tage nachmals Brot zu bekommen. Die Angeklagte leugnete, das Gericht verurteilte sie jedoch wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche.

Volkswirtschaft

Die Berliner Börse geschlossen

Berlin, 7. Januar.

Die Börse blieb gestern wegen der stattfindenden Demonstrationszüge geschlossen.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 8. Januar 1919 Anf. 7½, Uhr. Ende geg. 9½, Uhr
Ueber unsere Kraft. I. Teil.
Donnerstag, den 9. Januar 1919
Ueber unsere Kraft. II. Teil.
Betreffs Ermäßig. zu der Mittwoch-Aufführung von „Ueber unsere Kraft I" für Inhab. von Donnerstag-Stammkart. siehe lokal. Teil.

Hauptschriftleiter: Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Heinrich Bötticher; Handelsteil: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Karl Herbert; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901071-11/fragment/page=0004